



ProPeace

Thema

Pro Peace wird 30!

Jubiläumsprojekt

Frieden beginnt zu Hause

Im Gespräch

Ukraine: „Die Barbarei des Krieges“

Reportage

Zwischen Checkpoints und Siedlergewalt

Entschieden für Frieden



Pro Peace stärkt Menschen weltweit in ihrem Einsatz für Frieden. Die internationale gemeinnützige Organisation fördert den gewaltfreien Umgang mit Konflikten und öffnet Wege, um eine gerechtere und friedlichere Zukunft aktiv zu gestalten.

Friedens- und Menschenrechtsgruppen gründeten Pro Peace 1996 als Reaktion auf die Balkankriege. Heute ist die Organisation in 13 Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien aktiv. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die sich in Konflikten für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen. Pro Peace berät und fördert sie in ihrem Engagement, setzt gemeinsame Projekte um und macht sich mit ihnen für eine nachhaltige Friedenspolitik stark. Seit 2006 bringt Pro Peace diese Expertise in der internationalen Konfliktarbeit auch auf kommunaler Ebene in Deutschland ein.

Pro Peace folgt der Überzeugung, dass Frieden lehr- und lernbar ist. Mit der Akademie für Konflikttransformation ermöglicht die Organisation daher professionelle Weiterbildungen und Trainings in Friedens- und Konfliktarbeit. Außerdem schafft sie friedenspädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche.

Pro Peace ist eine staatlich anerkannte Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes und Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Für ihre Friedensarbeit wurde sie mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, darunter der Göttinger Friedenspreis und der Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung.

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Impuls

Vier Jahre Zeitenwende

Friedensarbeit braucht eine neue Lobby



8 Thema

Pro Peace wird 30!

Wie aus einer visionären Idee eine international tätige Organisation wurde



10 Jubiläumsprojekt

12 Im Gespräch

„Dieser Winter zeigt die ganze Barbarei des Krieges“

Über die aktuelle Friedensarbeit von Pro Peace in der Ukraine



14 Im Fokus

16 Pro Peace wirkt

18 Reportage

Zwischen Checkpoints und Siedlergewalt

Nachwuchsjournalismus im Westjordanland



22 Was uns Hoffnung macht

24 Rätsel

25 Friedenskulturtipp

26 Testament / Spenden

Impressum:

Herausgeber: Pro Peace, Am Kölner Brett 8, 50825 Köln, Telefon 0221 – 91 27 32-0, info@propeace.de, www.propeace.de

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.), Petra Gramer, Hannes Severin Grohs, Piet van Riesenbeck, Hannah Sanders, Victoria Weden
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de, Lektorat: Veronika Roman

Fotos ohne Angaben: © Pro Peace
Auflage: 5.600 Stück, gedruckt auf FSC-zertifiziertem Offset-Papier.

Druckprodukt | CO₂-bilanziert und -ausgeglichen | www.natureOffice.com

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie diese Ausgabe in den Händen halten, geht der Krieg in der gesamten Ukraine bereits in das fünfte Jahr. Im Interview berichtet unsere Kollegin Zornitsa Popova-Glodzhani, wie die Menschen im Land diesen Kriegswinter erleben. Kaum jemand glaubt noch an einen baldigen Waffenstillstand, geschweige denn an Frieden.

Ähnlich dramatisch entwickelt sich die Situation für die Palästinenser*innen in der Westbank. Sogar das israelische Militär spricht inzwischen von Siedlerterrorismus, doch es passiert viel zu wenig, um dieser Gewalt Einhalt zu gebieten. Vom Alltag unter Besatzung berichten junge Nachwuchsjournalistinnen, die mit Unterstützung von Pro Peace ausgebildet werden. Davon berichten wir in der Reportage.

In den Anfängen des Zivilen Friedensdienstes von Pro Peace, Ende der 1990er Jahre, ging es darum, nach dem Krieg Frieden und Versöhnung wieder aufzubauen. Heute, das zeigt exemplarisch der Blick in die Ukraine und nach Palästina und Israel, arbeiten wir oftmals daran, inmitten von Krieg und Gewalt die Aussicht auf Frieden aufrechtzuerhalten.

Prävention ist heute ebenso gefragt. Denn Frieden und Demokratie sind auch bei uns keine immerwährende Selbstverständlichkeit mehr. Darum stärken wir im Jubiläumsjahr unsere Arbeit in Deutschland mit einem neuen Fonds „Frieden hier und jetzt“.

Es grüßt Sie herzlich

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

Diese Ausgabe wurde gefördert durch finanzielle Mittel des Programms „Ziviler Friedensdienst“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

Zum Titel



Israel und Palästina gelten vielen als Synonym für einen scheinbar unlösbaren Konflikt. Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt ein anderes Bild: Zeynep (rechts) und Swetlana engagieren sich in der Bewegung *Palestinians and Jews for Peace* und setzen sich gemeinsam gegen Hass und Polarisierung ein.

Entstanden ist die Bewegung am 7. Oktober 2023. „Die schrecklichen Nachrichten haben mich überrollt“, erzählt Zeynep, die selbst palästinensische Wurzeln hat. „Ich habe sofort eine jüdische Freundin angerufen. Abends saßen wir zusammen und hatten die Idee, eine Demonstration zu organisieren. Wir wollten unsere Trauer ausdrücken – unsere gemeinsame Trauer!“ Aus diesem Moment heraus entstanden die *Palestinians and Jews for Peace*.

Das Foto ist Teil unserer Ausstellung *Gesichter des Friedens*, die Menschen porträtiert, die sich auch unter schwierigsten Bedingungen für Dialog und Verständigung engagieren. Mit dem neuen Plakat wird die Ausstellung nun um eine Geschichte erweitert, die aktueller kaum sein könnte.

Alle Infos zur Ausstellung:
www.propeace.de/gesichter-des-friedens

30 Jahre Pro Peace

30 Jahre
Entschieden für Frieden

30 Jahre sind kein Grund, sich zurückzulehnen. Aber ein guter Moment, um innezuhalten, zurückzublicken und nach vorn zu schauen.

Seit drei Jahrzehnten unterstützt Pro Peace nun schon Menschen und Initiativen, die Konflikte ohne Gewalt bearbeiten und gesellschaftliche Gräben überwinden wollen. Aus einer visionären Idee ist eine international tätige Organisation geworden, die gemeinsam mit starken Partnern vor Ort an nachhaltigen Lösungen arbeitet. Die Überzeugung dahinter ist geblieben: Frieden entsteht dort, wo sich Menschen engagieren und Verantwortung übernehmen.

Dieses Jubiläum möchten wir deshalb gemeinsam mit Ihnen feiern. Ein zentraler Moment unseres Jubiläumsjahres ist unsere öffentliche Jubiläumsveranstaltung, zu der wir Sie herzlich einladen.

Ein Abend, der verbindet

Am **5. März 2026** kommen wir im Rahmen eines Impuls- und Dialogabends zusammen, um über die Frage **„Vier Jahre Zeitenwende – wie kann Frieden wieder wachsen?“** zu sprechen. Friedensaktivist*innen aus der Ukraine, Palästina und Israel sowie aus Deutschland teilen ihre Erfahrungen und diskutieren, was zivile Stärke heute bedeutet und welche Lehren Politik und Gesellschaft daraus in Deutschland ziehen können.

Die Veranstaltung findet im Kölner VHS-Forum im Museum am Neumarkt statt und wird online live übertragen.

Um teilzunehmen, melden Sie sich bitte über den QR-Code oder über unsere Webseite an:
www.propeace.de/veranstaltung/30-jubilaum



Danke

**... für 753.000 Euro Spenden
für die Friedensarbeit im Jahr 2025!**

Im vergangenen Jahr verzeichneten wir einen leichten Rückgang bei den Spendeneinnahmen. Und doch konnten wir wichtige Anliegen voranbringen: Dank vieler kleiner und großer Spenden erhalten demnächst acht Friedensaktivist*innen aus Ländern des Globalen Südens ein Stipendium an unserer Akademie für Konflikttransformation.

Und mit unserer Kampagne **„Friedensstandort Deutschland“** konnten wir erreichen, dass zentrale Elemente unserer friedenspolitischen Forderungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung benannt werden. Wie Sie unsere Friedensarbeit in diesem Jahr besonders wirkungsvoll unterstützen können, erfahren Sie auf den Seiten 10–11.



Unsere **Jubiläumsbroschüre „Weltweit im Einsatz für den Frieden“** gibt einen kompakten Einblick in unsere Geschichte, unsere Arbeit und die Fragen, die uns in

Zukunft beschäftigen werden. Sie kann in unserem Shop bestellt werden:

www.propeace.de/shop

Vier Jahre Zeitenwende

Friedensarbeit braucht eine neue Lobby

Von Christoph Bongard



Schon im Jahr 2014 warnte Pro Peace mit einer großen Menschenkette in Berlin davor, die Militärausgaben weiter zu erhöhen, statt in Friedenspolitik zu investieren.

Vier Jahre nach der „Zeitenwende“ ist unsere Welt im Umbruch. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die europäische Friedensordnung erschüttert. Und seit Donald Trumps Wiedereinzug ins Weiße Haus sehen wir, dass die Veränderung der Welt sogar noch tiefer reicht. Der US-Präsident reißt die Reste der liberalen Weltordnung ein.

Die Bundesregierungen kennen auf die neue Weltlage bisher nur eine Antwort: Wehrhaftigkeit durch Aufrüstung. Doch diese Verengung der Debatte führt uns in eine gefährliche Schieflage. Dem müssen wir etwas entgegensetzen!

Mit der Zeitenwende kündigte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr an. Ein riesiger Betrag, eine große Kontroverse – und doch nur der Anfang. Inzwischen werden Verteidigungsausgaben in einer Größenordnung von bis zu fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts diskutiert – das entspricht rund 200 Milliarden Euro jährlich.

Das Narrativ der kaputtgesparten Bundeswehr

Wie können wir diese Debatte drehen? Ein erster Schritt ist, das Narrativ der kaputtgesparten Bundeswehr zu hinterfragen und eine sachliche Debatte über Verteidigungsausgaben ▶

einzufordern. Es geht dabei nicht darum, in Zweifel zu ziehen, dass für Sicherheit in Europa auch eine verteidigungsfähige Bundeswehr notwendig ist. Doch die Frage, welche Fähigkeiten eine Bundeswehr dafür benötigt und wie viel Geld uns das kostet, wird kaum angemessen kontrovers und sachlich diskutiert.

Eine Studie im Auftrag von Greenpeace stellte bereits offen infrage, ob Deutschland und Europa tatsächlich eine derart große Aufrüstung brauchen, um sich verteidigen zu können. Hingegen ist die neue, Ende letzten Jahres veröffentlichte Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland – in der Vergangenheit eine der starken Stimmen für aktives Friedenshandeln und klare Friedensethik – nur wenig hilfreich. Die EKD folge darin der Logik der Zeitenwende und setze vor allem auf militärischen Schutz vor Gewalt, während sie die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung unterschätze, kritisierten evangelische Friedensgruppen. Ein Faktencheck zur Militarisierung unserer Mitgliedsorganisation *Ohne Rüstung Leben* macht vor, wie es besser gehen kann. Deutschland habe seine Verteidigungsausgaben schon seit 2014 über zehn Jahre mehr als verdoppelt – von „Kaputtsparen“ könne also keine Rede sein.



Pro Peace konnte mit Kampagnen in 30 Jahren schon viele politische Fortschritte für die Friedensförderung erreichen. Doch seit der Zeitenwende ist es schwieriger geworden.



Für viele Jugendliche ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein Moment der Politisierung, im Dezember organisierten sie bundesweite Streiks.

Wenn wir nur noch über Militär und Verteidigung sprechen, dann gerät der zivile Einsatz für Frieden und Sicherheit aus dem Blick. Genau das spiegelt sich in der Haushaltspolitik wider. Nirgendwo wurde in den letzten drei Jahren so drastisch gekürzt wie bei der Entwicklungszusammenarbeit (minus 25 Prozent) und bei der humanitären Hilfe (minus 50 Prozent). Auch die Mittel für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung im Etat des Auswärtigen Amtes werden massiv gekürzt: von 565 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 327 Millionen Euro im Jahr 2026.

Rückbau der Friedensförderung

Außenminister Johann Wadephul hat zudem gerade die Abteilung Stabilisierung und Krisenprävention aufgelöst. Damit drohen zum einen wichtige Kenntnisse und Kompetenzen für den Bereich verloren zu gehen. Mit der Streichung der Abteilung verliert das Thema zudem an Sichtbarkeit und Ansprechpersonen in der Bundesregierung. Weitere Kürzungen könnten damit in Zukunft noch lautloser über die Bühne gehen – einfach weil es niemand mehr mitbekommt.

Dabei waren die zentralen Lehren aus gescheiterten Interventionen wie in Afghanistan oder Mali eigentlich eindeutig: Ansätze und Kompetenzen der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention müssen weiter gestärkt und Kompetenzen weiterentwickelt werden. Und diese Forderung kam nicht etwa aus der Friedensbewegung, es ist eine Empfehlung

der entsprechenden Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags. Doch ihr lesenswerter Bericht interessiert heute niemanden mehr im politischen Berlin.

Deutschland baut Schritt für Schritt seine friedenspolitische Infrastruktur ab, die bislang international als vorbildlich galt. Neben dem Zivilen Friedensdienst zählen dazu Förderprogramme für zivile Konfliktbearbeitung, zur Unterstützung der Vergangenheitsaufarbeitung und Versöhnung, der Reintegration von Kämpfer*innen und dem gesellschaftlichen Wiederaufbau nach Gewaltkonflikten. All das soll zukünftig weniger Geld erhalten.

Bundesregierung verspielt Gestaltungsmacht in Krisen und Konflikten

Die Bundesregierung verspielt so leichtfertig weitere Gestaltungsmacht in Krisen und Konflikten. Dabei brauchen wir eine solche in dieser veränderten Weltlage nach der Zeitenwende eigentlich dringend! Es ist nämlich weiterhin richtig, dass Sicherheit und Frieden niemals allein mit militärischen Mitteln erreicht werden können. Dafür braucht es vor allem ziviles Engagement! Waffenstillstände halten nur dann, wenn die Menschen eine Perspektive auf gerechten Frieden sehen. Und dieser Frieden fällt nicht vom Himmel, er muss im wahrsten Sinne des Wortes erarbeitet werden. Das gilt nicht nur in der Ukraine, es braucht dieses Engagement ebenso in Syrien nach Assad, im Irak nach dem



Auch die CDU hat den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes lange Zeit unterstützt, hier nimmt CDU-Politiker Armin Laschet im Jahr 2013 die gesamten Unterschriften für den Ausbau des ZFD entgegen.

Islamischen Staat, auf dem Westlichen Balkan und in vielen weiteren Regionen.

Und mehr noch: Bei der Frage nach Frieden und Sicherheit geht es nicht länger nur um internationale Politik. Die Angriffe sowohl von russischer Seite als auch vonseiten der Trump-Regierung richten sich bisher vor allem gegen unsere Demokratie. US-Vizepräsident J. D. Vance hat vor einem Jahr auf der Münchner Sicherheitskonferenz sehr unverhohlen angekündigt, demokratiefeindliche, rechtsextreme Kräfte in Europa zu unterstützen. Diese Gefahr muss ernst genommen werden! Und wer dies tut, muss vor allem nach nicht-militärischen Antworten suchen und mehr für die Stärkung unserer Demokratie tun. Seit mehr als einem Jahr erleben wir massive Attacken gegen die Zivilgesellschaft in Deutschland – zunächst vor allem vonseiten rechtspopulistischer Medien. Doch inzwischen reicht die Skepsis bis weit in die politische Mitte. Ausgerechnet in dieser Situation würden Teile der Regierungskoalition am liebsten bei der Demokratieförderung kürzen.

Friedensarbeit hat keine Lobby

Friedensarbeit hat heute keine starke Lobby mehr in der Bundespolitik. Die mangelnde politische Unterstützung geht einher mit einer alternden, gespaltenen Friedensbewegung, die längst keine große gesellschaftliche Kraft mehr ist. Vor 30 Jahren war das noch anders: Nur zwei Jahre nach unserer Gründung gelang der politische Durchbruch, als 1998 die damalige Bundesregierung zusagte, einen Zivilen Friedensdienst aufzubauen. Heute müssen wir uns darauf einstellen, dass wir einen längeren Atem brauchen, um wieder politische Veränderungen zu erreichen.

Gleichzeitig gilt: Die Fragen nach Krieg und Frieden beschäftigen heute wieder mehr Menschen als die meiste Zeit in den letzten 30 Jahren. So wenig wünschenswert die Wiedereinführung eines Wehrdienstes sein mag – auch dieser Schritt rückt die Auseinandersetzung wieder in die Mitte der Gesellschaft. Er zeigt: Frieden geht uns alle an!

Wenn es also gelingt, die tiefe Sehnsucht nach Frieden, die die Mehrheit der Menschen teilt, mit der konkreten Hoffnung zu verbinden, dass wir tatsächlich etwas tun können – dann können wir wieder Mehrheiten gewinnen. Gesellschaftlich und politisch. ♦

Pro Peace wird 30!

Wie aus einer visionären Idee eine international tätige Organisation wurde

Anfang der 1990er Jahre erschütterten die Kriege im zerfallenden Jugoslawien Europa. Die Bilder von Gewalt und Leid ließen viele Menschen in Deutschland nicht mehr los. Bloßer Protest schien nicht mehr genug – sie wollten aktiv und konkret etwas für den Frieden tun.

Aus diesem Engagement heraus wuchs eine damals ungewöhnliche und mutige Idee: Konflikte sollten nicht mit Militär und Waffen beantwortet werden, sondern durch professionell ausgebildete Friedensfachkräfte, die Gewalt vorbeugen, Dialog ermöglichen und Versöhnung fördern.

Ab 1993 begannen engagierte Akteur*innen aus Kirche und Zivilgesellschaft, ein Konzept für professionelle zivile Frie-



Der spätere Bundespräsident Johannes Rau förderte als Ministerpräsident von NRW im Jahr 1997 die ersten Ausbildungskurse für den Zivilen Friedensdienstes und gratulierte den ersten Friedensfachkräften persönlich.

densarbeit zu entwickeln. Sie knüpften an Erfahrungen mit gewaltfreiem Handeln und Vermittlung in Konflikten an. Bald hatte das Vorhaben auch einen Namen: Ziviler Friedensdienst (ZFD).

Am 11. Februar 1996 wurde schließlich der Verein „Forum Ziviler Friedensdienst e. V.“ gegründet – heute bekannt als Pro Peace. Viele der bereits engagierten Organisationen und Einzelpersonen traten dem jungen Verein bei, um die gemeinsame Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

Gegen- und Rückenwind aus der Politik

Nach dem Ende der Jugoslawienkriege schien das Ziel eines Zivilen Friedensdienstes zum Greifen nah – und scheiterte doch zunächst am Widerstand

der damaligen Bundesregierung. Der Durchbruch gelang 1997 mit Unterstützung von Johannes Rau: Erstmals wurden staatliche Fördermittel für die Ausbildung von Friedensfachkräften bereitgestellt – die Geburtsstunde der heutigen Akademie für Konflikttransformation. Prominente Stimmen aus Politik und Kultur unterstützten zudem die „Berliner Erklärung für einen Zivilen Friedensdienst“.

Mit dem Regierungswechsel 1998 wurde der Weg endgültig frei: SPD und Bündnis 90/Die Grünen verankerten den ZFD im Koalitionsvertrag – ein politischer Durchbruch. Seither sind die Investitionen in die zivile Friedensarbeit immer wieder gewachsen, nicht zuletzt dank unseres beharrlichen politischen Engagements.

„Wir wurden damals von vielen Menschen in unserem Umfeld belächelt, weil sie es für völlig ausgeschlossen hielten, dass sich Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam in einem solchen friedenspolitischen Programm engagieren würden. Diese Skeptiker wurden eines Besseren belehrt.“

Heinz Wagner, Gründer und langjähriger Geschäftsführer von Pro Peace

Seit 1999 ist Pro Peace in internationalen Konfliktregionen aktiv – zunächst auf dem Westlichen Balkan und in Nahost, später auch in der Ukraine und in Südostasien. Mit dem Programm „Kommune & Konflikt“ bringen wir unsere Expertise seit 2006 auf kommunaler Ebene in Deutschland ein.

Schritt für Schritt für Frieden

2001 startete in Aachen der erste Friedenslauf. Inzwischen nehmen jährlich mehr als 10.000 Kinder und Jugendliche

in verschiedenen Städten an den Läufen teil, sammeln Spenden und lernen, wie sie sich für Frieden, Gewaltfreiheit und Toleranz starkmachen können.

Drei Jahrzehnte nach unserer Gründung ist unser Auftrag aktueller denn je. Anfang 2025 haben wir deshalb einen bedeutenden Schritt getan: Aus forumZFD wurde Pro Peace. Mit unserem neuen Namen bekennen wir uns klar und unmissverständlich zu unserer Vision einer friedlicheren und gerechteren Welt. ♦

„Es waren Menschen aus den Kirchen und den Friedensbewegungen, die sich um das Jahr 1993 angesichts der Kriege im zerfallenden Jugoslawien die Frage stellten: Wie können wir noch stärker in die politische Mitverantwortung für den Frieden treten? Müssen wir nicht unsere Freiwilligendienste professionalisieren, wenn wir der Gewalt entgegentreten wollen? Mit dieser Erinnerung tritt uns verstörend vor Augen, dass es gerade der Unfriede in vielen Weltregionen ist, dem der Zivile Friedensdienst seine Existenz verdankt. Neben den politischen Führungen bedarf es gesellschaftlicher Akteure und Instrumente, um die Prozesse der Verfeindung im täglichen Denken und Handeln schrittweise umzukehren und konstruktive Wege aus Konflikten zu suchen. Ein solches Instrument ist der Zivile Friedensdienst. Er wirkt dabei zusammen mit einheimischen Kräften, die sich – oft unter großen Gefahren – um Gewaltminderung und Dialog im eigenen Land bemühen.“

Eines ist sicher: Solange es Gewaltkonflikte auf der Welt gibt, bleibt das Thema der Konfliktbearbeitung jeder neuen Bundesregierung erhalten. Immer geht es darum, Gewalt zu mindern und konstruktive Lösungen zu suchen. Die zunehmenden Klima- und Ressourcenkonflikte belegen, dass die Probleme der Globalisierung nur in einem Geist der gemeinsamen Verantwortung für die natürliche und menschliche Mitwelt zu meistern sind. In diesem Sinne steht der Zivile Friedensdienst auch für die Vision einer Weltgesellschaft, die ihre Konflikte zunehmend gewaltfrei am Leitbild ungeteilter Menschenrechte und gleicher Entfaltungschancen löst.“

Aus einer Rede von Dr. Tilman Evers, Gründer und ehemaliger Vorsitzender von Pro Peace, beim Festakt zum zehnjährigen Jubiläum des Zivilen Friedensdienstes.

Tilman Evers hielt die Festrede zum zehnjährigen Jubiläum des Zivilen Friedensdienstes in Berlin.



Ohne die Kampagnen und den politischen Druck von Pro Peace wäre der Zivile Friedensdienst nicht so stark geworden, wie er heute ist.

Gedenken an Dr. Tilman Evers

Ein Pionier des Zivilen Friedensdienstes ist gegangen

Tilman Evers hat die Idee eines Zivilen Friedensdienstes von Beginn an mit entwickelt, geprägt und letztlich politische Realität werden lassen als Gründer, langjähriger Vorsitzender und bis zuletzt empathischer und eng verbundener Wegbegleiter unseres Vereins. Tilman ist am 28. Oktober 2025 verstorben. In Erinnerung und Dankbarkeit.

Das Team von Pro Peace.



Frieden beginnt zu Hause

Wie Sie jetzt im Jubiläumsjahr unsere Friedensarbeit in Deutschland besonders wirkungsvoll unterstützen können

„Das Streben nach einer friedlicheren, nachhaltigeren und gerechteren Weltordnung beginnt zu Hause.“

Dieser Satz stand in der Einleitung des Berichts zur letztjährigen Münchner Sicherheitskonferenz. Und tatsächlich erleben wir weltweit – nicht zuletzt am Beispiel der USA –, wie eng Innen- und Außenpolitik zusammenhängen: Wo Konflikte im Inneren mit Gewalt beantwortet werden, wächst auch nach außen die Bereitschaft zu Machtpolitik und Eskalation.

Auch in Deutschland spüren wir eine besorgniserregende Entwicklung. Die Debatten über eine neue Wehrpflicht und massive Investitionen in Aufrüstung stehen im starken Kontrast zu Kürzungen bei internationaler Friedensarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement. Immer häufiger entsteht der Eindruck, Abschreckung und militärische Stärke seien die einzigen Antworten auf Unsicherheit und Konflikte.

Mehr Frieden wagen

Pro Peace setzt dem seit über 30 Jahren etwas entgegen: einen praxiserprobten, zivilen Weg. Denn Frieden entsteht nicht durch Gewalt, sondern durch Dialog, Beteiligung und die Fähigkeit, Konflikte ohne Eskalation zu lösen. Dafür setzen wir uns nicht nur in Kriegs- und Krisengebieten ein, sondern auch in Deutschland. Hier leisten wir Friedensbildungsarbeit an Schulen, begleiten Kommunen in Konfliktsituationen und setzen uns für eine nachhaltige Friedenspolitik ein.

Unsere Ehrenvorsitzende Helga Tempel, Mitbegründerin der Ostermärsche, fasst zusammen, was Pro Peace auszeichnet:

„Wir verbinden friedensstiftende Praxis mit unserem entschiedenen Eintreten gegen Militarisierung und für eine gewaltfreie, an den Menschenrechten ausgerichtete Politik. Frieden beginnt vor der Haustür! Wir stehen ein für Integration und Inklusion, demokratische Teilhabe und die Ermutigung zur friedlichen Konfliktaustragung.“

Helga Tempel,
Ehrenvorsitzende von Pro Peace



Erste Erfolge – und ein nächster großer Schritt

Im vergangenen Jahr haben mehrere Tausend Menschen unsere Kampagne „Friedensstandort Deutschland“ unterstützt. Gemeinsam forderten wir von Bundeskanzler Friedrich Merz: Ermöglichen Sie Friedensbildung für alle! Stärken Sie die Konfliktbearbeitung vor Ort! Erhöhen Sie das internationale Engagement Deutschlands!

Die vielen Unterschriften zeigten Wirkung: Zentrale Elemente unserer Forderungen fanden Eingang in den Koalitionsvertrag. Nun gehen wir den nächsten großen Schritt.



1 Million Euro für den Frieden

Machen Sie Friedensarbeit sturmfest – mit dem neuen Fonds „Frieden – hier und jetzt“. Bis 2030 wollen wir 1 Million Euro zur Stärkung unserer Arbeit im Inland sammeln, davon 300.000 Euro im Jubiläumsjahr 2026.

Ziele des Fonds



1

Friedensbildung
für junge Menschen
ermöglichen



2

Fähigkeit zu
demokratischer,
gewaltfreier Konflikt-
lösung ausbauen



3

Friedensdiskurs
und Aktivismus für
Frieden stärken

30 Jahre
Entschieden für Frieden

Machen Sie mit!

Stärken Sie mit Ihrer Spende den Fonds und damit den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland. Jeder Euro hilft!

www.propeace.de/frieden-hier-jetzt
Stichwort: „Frieden hier und jetzt“

Herzlichen Dank!

Sie möchten mehr erfahren?
Sprechen Sie uns gerne an:

Petra Gramer
0221 – 91 27 32-32
petra.gramer@propeace.de





Anstehen für eine warme Mahlzeit: Unter den russischen Luftangriffen leidet vor allem die Zivilbevölkerung wie hier in Kyjiw.

© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Sergei Grits

„Dieser Winter zeigt die ganze Barbarei des Krieges“

Ein Gespräch über die aktuelle Friedensarbeit von Pro Peace in der Ukraine

Die Nachrichten, die uns diesen Winter aus der Ukraine erreichen, sind bedrückend. Die permanenten russischen Angriffe und die eisige Kälte bestimmen den Alltag der Menschen. Mitte Januar haben wir mit unserer Landesdirektorin Zornitsa Popova-Glodzhani über die aktuelle Situation gesprochen.

Ihre Schilderungen bestätigen den Ernst der Lage. Und gleichzeitig zeigen sie auf, warum es wichtig ist, die Zivilgesellschaft zu stärken – jetzt und als Vorbereitung für die Zeit nach dem Krieg.



„Dieses Land ist zutiefst gezeichnet“, Zornitsa Popova-Glodzhani, Landesdirektorin von Pro Peace in der Ukraine.

Seit mittlerweile vier Jahren greift Russland die gesamte Ukraine an. Wie ist derzeit die Lage der Zivilbevölkerung?

Dieser Winter ist die größte Bewährungsprobe für das Durchhaltevermögen der Menschen. Die Temperaturen sind zeitweise auf bis zu minus 22 Grad gefallen, und an besseren Tagen gibt es vielleicht zwei, drei Stunden Strom. Kein Strom bedeutet kein Wasser, keine Heizung. Das trifft insbesondere die Schwächsten in der Gesellschaft: Stellen Sie sich etwa ältere Menschen vor, die im 17. Stock wohnen und nicht zum Arzt gehen können, weil der Aufzug nicht funktioniert, oder Familien mit kleinen Kindern, die Nacht für Nacht in den Schutzraum rennen müssen, nur um dann in eine kalte, dunkle Wohnung zurückzukehren. Es ist ein täglicher Kampf ums Überleben. Dieser Winter zeigt wirklich die ganze Barbarei dieses Krieges, denn das ist eine gezielte Taktik der russischen Armee, um den Willen der Menschen zu brechen, und sie trifft in erster Linie die Zivilbevölkerung.



Lebensbedrohliche Kälte: Die Temperaturen sind diesen Winter zeitweise auf bis zu minus 22 Grad gefallen.

Was macht es mit einer Gesellschaft, so lange unter der Last des Krieges zu leben?

Alle versuchen, irgendwie einen Umgang damit zu finden. Was haben sie auch für eine Wahl? Aber der persönliche Preis ist enorm. Ich spüre eine große Traurigkeit, viel Wut und Erschöpfung. Dieses Land ist zutiefst gezeichnet, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Wie sich das entwickeln wird, wenn der Krieg endlich vorbei ist, lässt sich schwer vorhersagen – ob es zu einem positiven Wandel führt oder zu weiterer Spaltung. Die Ukraine war schon immer sehr vielfältig in Bezug auf Sprache, Konfession, Kultur und politische Positionen. Im Angesicht des Krieges treten die Unterschiede hinter das gemeinsame Ziel des Überlebens zurück. Wenn die Waffen schweigen, könnten sie aber wieder zum Vorschein kommen.

Was bedeutet das für die Friedensarbeit?

Es bedeutet, dass wir viel zu tun haben werden. Meine Erfahrung aus anderen Kontexten ist: Nach dem Krieg werden sich alle auf den Wiederaufbau der Infrastruktur und der Wirtschaft konzentrieren. Aber die Menschen in der Ukraine brauchen auch Zeit, um zu trauern und zu heilen. Sie müssen sich über die unterschiedlichen Erfahrungen während des Krieges austauschen und verstehen, was Menschen in verschiedenen Situationen durchgemacht haben – zum

© UNDP Ukraine, CC BY-ND 4.0

Beispiel diejenigen, die gekämpft haben, die fliehen mussten oder die jemanden verloren haben. Dieses Bewusstsein zu schaffen, wird dazu beitragen, den starken Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung zu bewahren, die sich während des Krieges entwickelt haben.

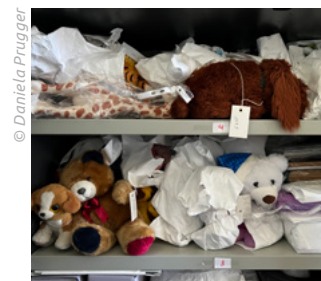
Wie kann Pro Peace dazu beitragen?

Wir arbeiten bereits daran, die Kompetenzen innerhalb der Gesellschaft und der Behörden im Umgang mit Traumata zu stärken. Der Bedarf ist enorm, und wir haben viel Fachwissen anzubieten hinsichtlich traumasensibler Ansätze und dem Aufbau einer Kultur der Empathie. Derzeit prüfen wir unter anderem Möglichkeiten, um mit Veteran*innen zu arbeiten. Ihre Rückkehr ins zivile Leben stellt eine große Herausforderung dar und wir wissen aus anderen Ländern, in denen Pro Peace tätig ist, dass Veteran*innen eine konstruktive Rolle für den gesellschaftlichen Wiederaufbau spielen können – vielleicht können sie sogar Botschafter*innen des Friedens werden. Aber das ist eine langfristige Vision, die viel Arbeit erfordern wird.

Das Gleiche gilt für den Umgang mit der Vergangenheit: Bereits jetzt, während des Krieges, arbeiten wir auf eine Erinnerungskultur hin, die inklusiv ist und vielfältige Perspektiven würdigt. Ein Beispiel ist das Projekt „War Childhood Museum“, das die Erfahrungen von Kindern im Krieg dokumentiert – eine Perspektive, die oft übersehen wird. Und nicht zuletzt arbeiten wir daran, eine resiliente und aktive Zivilgesellschaft zu stärken, die nach dem Krieg mehr denn je gebraucht wird. ♦

Das Gespräch führte Hannah Sanders.

© Daniela Prügger



Jedes Spielzeug erzählt eine Geschichte: Das „War Childhood Museum“ in Kyjiw dokumentiert die Erfahrungen von Kindern im Krieg.



VERGESSEN

Die Tempelanlage Wat Teveak im Nordwesten Kambodschas Anfang des Jahres: Wo normalerweise buddhistische Mönche oder ausländische Urlaubsreisende herumwuseln, spielt ein Kind. Sein Blick folgt den Plastikfäden, die spielerisch im Wind flattern. Weg von den Truthähnen, die im Hintergrund scharren, weg von den Zelten, in denen seine Familie derzeit lebt. Seit an der Grenzregion zwischen Thailand und Kambodscha ein jahrzehntealter Konflikt wieder aufgeflammt ist, finden Menschen aus dem Kampfgebiet hier Zuflucht. Das war im Sommer 2025. Internationale Medien berichteten kurz, Donald Trump schaltete sich ein. Seitdem folgt ein Bruch der Waffenruhe auf den nächsten. Und die Vertriebenen? Wer Ablenkung findet, kann sich glücklich schätzen. ♦

Philippinen

Geschichte lehren – Frieden stärken

Guter Geschichtsunterricht ist mehr als Wissensvermittlung – er beeinflusst, wie kommende Generationen die Vergangenheit verstehen und wie sie der Zukunft begegnen. Gerade in Konfliktregionen entscheidet sich auch im Klassenzimmer, ob Gewaltmuster fortgeschrieben oder neue Wege des Zusammenlebens eröffnet werden. Genau hier setzt die Friedensarbeit von Pro Peace in vielen Ländern an – unter anderem in Mindanao:

Auf der Insel im Süden der Philippinen haben bewaffnete Auseinandersetzungen, Kolonialerfahrungen und Ausgrenzung tiefe Spuren hinterlassen. Über Jahrzehnte dominierten einseitige, oft militärisch geprägte Geschichtsnarrative den Unterricht. Die Stimmen indigener Gemeinschaften und muslimischer Minderheiten (Moro-Bevölkerungsgruppen) blieben weitgehend ungehört. Doch ohne die Aufarbeitung historischer Ungerechtigkeiten und ohne Raum für vielfältige Perspektiven sind Versöhnung und nachhaltiger

Frieden
nicht
möglich.

Vor diesem
Hintergrund hat
Pro Peace gemeinsam

*Bildungsminister Sonny
Angara verschafft sich
nach der Übergabe einen
ersten Überblick über die
Roadmap.*

*Seit 2018 arbeiten Pro Peace
und seine Partner gemeinsam
am Ziel eines inklusiven Ge-
schichtsunterrichts in Mindanao.
Mehr als 50 Beteiligte nahmen
an Konferenzen und weiteren
Formaten teil, um die Roadmap
zu erarbeiten.*



mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik das „Mindanao Histories and Studies Project“ initiiert. Ziel ist ein inklusiver Geschichtsunterricht, der lokale Erfahrungen sichtbar macht und sowohl Lehrkräfte als auch Schüler*innen befähigt, dominante, ausgrenzende Narrative kritisch zu hinterfragen.

Im letzten Jahr erreichte das Projekt einen wichtigen Meilenstein: die Überreichung einer „Roadmap“ an den philippinischen Bildungsminister Sonny Angara. Dieser „Fahrplan“ enthält konkrete Empfehlungen zur Integration von Mindanao-Perspektiven in das nationale Bildungssystem. Er steht damit für einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik: weg von einseitigen Erzählungen, hin zu einem vielstimmigen, gerechten Verständnis der Geschichte. ♦

Ukraine

Empathie als Ressource im Krieg

Krieg zerstört nicht nur Häuser, Straßen und Stromnetze. Er hinterlässt auch tiefe emotionale Spuren. In der Ukraine prägen Dauerstress, Verlust und Überforderung den Alltag vieler Menschen. Oft fehlt der Raum, das Erlebte auszusprechen oder innezuhalten – genau hier setzt das Empathie-Projekt von Pro Peace an.

Das Projekt unterstützt Menschen, die besonders unter den Folgen des Krieges leiden: vertriebene Familien, trauernde Angehörige, aber auch jene, die andere begleiten und unterstützen. Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen oder Mitarbeitende in Behörden stehen unter großem Druck. Sie müssen Verantwortung tragen und funktionieren – auch dann, wenn sie selbst kaum noch Kraft haben.

In dem stetig wachsenden Empathie-Netzwerk arbeiten landesweit 30 geschulte Empathiegeber*innen, die Selbsthilfegruppen, Coachings und Workshops anbieten. Im Mittelpunkt steht dabei nicht Therapie im klassischen Sinn, sondern empathisches Zuhören, das Erkennen von Belastung und die Stärkung innerer Stabilität. Die Angebote schaffen geschützte Räume, in denen das ausgesprochen werden darf, was im Alltag oft keinen Platz hat – und in denen Menschen erfahren, dass sie mit ihrer Erschöpfung nicht allein sind.

*Ein Moment des Durchatmens:
Mitarbeitende der Stadtverwal-
tung Lviv tauschen sich im Rah-
men eines Empathie-Workshops
über ihre Erfahrungen aus.*



*Praktische Übungen unterstüt-
zen die Teilnehmenden dabei,
Stress früh zu erkennen und
Konflikte vorzubeugen.*

Die Arbeit findet unter extremen Bedingungen statt: online und vor Ort, teils während Stromausfällen oder zwischen Luftalarmen. Doch der Bedarf ist groß: Allein im vergangenen Jahr erreichte das Netzwerk mehr als 2.000 Teilnehmende.

Wie wirksam dieser Ansatz ist, zeigt die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung von Lviv. Mitarbeitende, die täglich mit traumatisierten Bürger*innen zu tun haben oder schwierige Nachrichten überbringen müssen, lernten dort, einfühlsam zu kommunizieren, mit starken Gefühlen umzugehen und Konflikte früh zu entschärfen. Für viele war es neu und entlastend, dass auch ihre eigene Belastung gesehen wurde. Nach den Trainings berichteten sie, dass sie sich spürbar ruhiger fühlten und in angespannten Situationen präsenter reagieren konnten.

Ein zentrales Prinzip des Empathie-Projektes ist die Weitergabe des Gelernten. Teilnehmende nutzen die Methoden in ihrer eigenen Arbeit weiter, gründen Selbsthilfegruppen oder werden selbst Teil des Netzwerks. So verankert sich Empathie dauerhaft in lokalen Strukturen – mit konkreten Folgen: weniger Überforderung, weniger Eskalation und mehr gegenseitiges Verständnis. Mitten im Krieg entstehen auf diese Weise kleine, aber entscheidende Friedensinseln im Alltag. ♦

Zwischen Checkpoints und Siedlergewalt

Nachwuchsjournalismus im Westjordanland

Von Agnes Fazekas



Für die jungen Frauen aus Nablus bedeutet der Ausflug nach Ramallah auch ein wenig Erholung vom Alltag unter der Besatzung.

Seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 hat Israel die Einschränkungen für die palästinensischen Menschen im Westjordanland drastisch verschärft. Im Schatten des Gazakriegs entstanden neue Militär-Checkpoints, israelische Siedlungen wurden weiter ausgebaut, gewalttätige Siedler treiben ungestraft ihr Unwesen – oft in Abstimmung mit dem israelischen Militär. Gleichzeitig droht der wirtschaftliche Kollaps. Nie war es wichtiger, einheimische Journalist*innen auszubilden – und nie herausfordernder: Ein Besuch bei einem Workshop der Medienplattform Dooz, einem langjährigen Partner von Pro Peace, zeigt, wie das gelingt.

„Kurze Pause! Razzia in Nablus!“, ruft Abed Othman: „Kontaktiert bitte alle eure Familien.“ Eben noch hatte der graulockige Gründer der Medienplattform Dooz zu-frieden zugesehen, wie seine Nachwuchs-Reporter*innen ihre Videoprojekte vorstellen. Zehn Frauen und drei Männer sitzen mit ihm und zwei Redakteurinnen im Neonlicht eines Hotel-Konferenzraums in Ramallah. Außerdem dabei: Zwei Mitarbeitende von Pro Peace. Die Studierenden stammen von der Uni im 36 Kilometer entfernten Nablus – einer Stadt, die malerisch

© Agnes Fazekas



Nach der Präsentation ihrer Videoprojekte erhalten die Reporter*innen von Dooz-Gründer Abed Othman (links) ein Zertifikat für ihre erfolgreiche Teilnahme.

zwischen zwei Hügeln liegt, inzwischen jedoch zunehmend von illegalen israelischen Siedlungen eingekesselt ist. Dass das Treffen heute in Ramallah, der De-facto-Hauptstadt der palästinensischen Autonomiegebiete, stattfindet, hat mehrere Gründe. Einer lautet: Sicherheit.

In den kurzen Filmen der Studierenden geht es nur indirekt um den großen Konflikt. Es sind Lokalreportagen, die Themenwahl war frei. Umso bezeichnender, dass sich die meisten Filme mit der eingeschränkten Bewegungsfreiheit durch die Besatzung befassen. Ein Team hat einen Taxifahrer begleitet, ein anderes hat Mitstudierende an der Uni Nablus zu ihrem täglichen Spießrutenlauf befragt. Manche Fakten sind Othman selbst neu. Zum Beispiel fanden die Studierenden in ihren Recherchen heraus, dass Palästinenser*innen jährlich gut 60 Millionen Arbeitsstunden beim Warten an den Checkpoints verlieren. Hundert neue Militärschleusen wurden seit dem 7. Oktober 2023 im Westjordanland errichtet. Allein rund um Nablus gibt es inzwischen 70 Checkpoints, an denen Palästinenser*innen aufgehalten werden, während israelische Siedler*innen freie Fahrt haben.

Der Weg von ihrem Dorf zur Uni nach Nablus betrage kaum zwanzig Minuten, erzählt eine Reporterin. Doch selbst mit zwei Stunden Puffer komme sie oft zu spät. Wenn das Militär einen Checkpoint spontan schließe, sitze sie bei Wind und Wetter fest. Ihre Eltern seien in ständiger Sorge.

Ganz nah dran und bewegend

Doch die Recherchen der Nachwuchsjournalist*innen gehen über eingeschränkte Mobilität hinaus. Sie greifen eine Vielzahl gesellschaftlicher Themen auf: immer nah dran, professionell gefilmt – und bewegend. Die Geschichte einer Diabetikerin, die ein Bein verloren hat und mit ihrem Rollstuhl durch die engen Gassen ihres Viertels holpert, regt in der Gruppe eine lebhaft Diskussion über die Stigmata von Behinderung und Krankheit an.

Was auffällt: Die Frauen sind nicht nur in der Überzahl, sie ergreifen lautstark das Wort und nehmen kein Blatt vor den Mund. Othman überrascht das nicht. „An unseren Unis kommen zehn Frauen auf einen Mann.“ Selbstvertrauen und ein souveränes Auftreten trainierten sie in den Dooz-Workshops. „Viele stammen aus den Dörfern, sind anfangs sehr schüchtern. Wir wollen, dass

sie sich zutrauen, einen Bürgermeister oder Minister zu interviewen.“

Ein Thema zieht sich wie ein roter Faden durch viele Beiträge: mentale Gesundheit – etwas, über das in der palästinensischen Gesellschaft lange kaum gesprochen wurde. Eine von denen, die das ändern wollen, ist Alaa Wissawi. Sie lebt in Nablus, hat ein Auslandssemester im spanischen Granada absolviert und gehört erst seit dem Sommer zur Ausbildungsredaktion. Für sie ist klar: „Wir müssen offen über Krankheiten wie Depression sprechen, das ist unsere Verantwortung als Journalist*innen!“ Hoffnungslosigkeit seit dem Gazakrieg, verschärfte Restriktionen durch die israelische Armee und eine Arbeitslosigkeit von rund 50 Prozent – all das spüle die Probleme in der eigenen Gesellschaft erst richtig hervor.

Genau darum geht es Dooz. Seit 2014 setzt die Initiative auf Bürgerinnen-Journalismus, um die eigene Gesellschaft zu stärken. „Friedens-Journalismus“ nennt es Othman, obwohl oder gerade weil sie die große Politik bewusst außen vor lassen. Einfluss nehmen dort, wo es möglich ist, und damit Selbstwirksamkeit fördern, anstatt sich wie ein Spielball zu fühlen. „Dooz bedeutet auf Arabisch ‚Geradeaus‘“, erklärt der ehemalige Deutsche-Welle-Reporter. Über 830 Journalist*innen seien hier bereits ausgebildet worden. ▶

Spätestens seit dem Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023 und dem Krieg in Gaza allerdings sind Recht, Gesetz und Ethik sehr schwammige Begriffe im Westjordanland. Während die israelische Regierung mit ihren rechtsextremen Ministern weitere Siedlungsprojekte durchwinkt, attackieren radikale israelische Siedler ungehindert Palästinenser*innen. „Rund um Nablus gelten die Siedler als besonders gewalttätig“, erklärt Chefredakteurin Jalaa Abuarab. Ihre Kollegin erzählt, ihre Schwester sei letztes Jahr im Auto bedrängt worden. „Ihre Kinder waren bei ihr, sie konnte nur schreien. Wir haben alle Angst vor Übergriffen.“

Rund 900 Checkpoints erschweren das Reisen massiv

Umso wichtiger ist die lokale Berichterstattung von Dooz. Sie greift nicht nur gesellschaftliche Themen auf, sondern bietet – wie einige andere lokale Medien – auch konkrete Orientierung im Alltag: Welche Checkpoints sind passierbar? Wo drohen Kontrollen oder Gewalt? Informationen, die darüber entscheiden, ob Menschen zur Arbeit kommen und sicher nach Hause gelangen.

Doch selbst diese Basisarbeit wird zunehmend zur Herausforderung. „Inzwischen ist es ein Vollzeitjob, die Lage an rund 900 Checkpoints und Blockaden aktuell zu halten“, sagt Abuarab.

Seit dem Krieg wachse auch mitten in Nablus die Sorge, Opfer der Siedlungspolitik zu werden. Gerade habe ein alteingesessener Florist seinen Laden aufgeben müssen, erzählt Abuarab: „Er bekam einen Räumungsbefehl vom israelischen Militär.“ Der Grund: Sein Haus liegt nahe einer israelischen Siedlung auf einem der Hügel über der Stadt – in Zone B. Mit den Oslo-Verträgen 1995 wurde das Westjordanland in drei Zonen aufgeteilt: Die Autonomiegebiete, zu denen Städte wie Nablus gehören, machen nur 18 Prozent aus. Sie sind von den Gebieten B und C umgeben. Gebiet B wird offiziell gemeinsam von Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde verwaltet, auch wenn es dort regelmäßig zu israelischen Militäreinsätzen kommt. Gebiet C unterliegt wiederum vollständig der israelischen Militärkontrolle; dort befindet sich der Großteil der israelischen Siedlungen.

In diesem Moment verkündet Othman die Pause wegen der Razzia. „Vier Verwundete schon“, sagt er. „Sie schießen mitten in der Stadt herum. Das gibt mindestens einen Toten heute.“ Überraschungsangriffe durch das israelische Militär gehörten seit dem Krieg beinahe zur Tagesordnung, sagt Studentin Alaa Wissawi. Eine Erklärung bekämen die Bürger*innen nicht. „Reine Schikane“, glaubt Othman. Allzu erschrocken wirkt die Runde nicht. „Traurigerweise haben wir uns daran gewöhnt“, sagt eine der Frauen.

„Wir Palästinenser haben nie Zeit und können nichts planen“

Eben solche Vorfälle seien der Grund, wieso die Workshops in Ramallah stattfinden, erklärt die zuständige Projektbeauftragte bei Pro Peace. Sie betreut die Zusammenarbeit mit Dooz und wohnt selbst in Ost-Jerusalem. „Ramallah gilt als stabiler. Die Leute können hier mal durchschnaufen und ein wenig Normalität tanken.“ Allerdings sei es pures Glück gewesen, dass der Minibus mit den Teilnehmenden am Morgen zügig durchkam. Eine der Frauen zählt an den Fingern die Checkpoints ab, die sie passieren mussten: sechs. Sie zuckt die Schultern: „Wir Palästinenser*innen haben nie Zeit und können nichts planen.“

Abuleils Kollege aus Bethlehem saß in aller Früh gut drei Stunden fest. Seinen Namen möchte er lieber nicht nennen. Wer weiß. „Ich muss den

Dooz-Chefredakteurin Jalaa Abuarab (ganz hinten) ist stolz auf die Beiträge ihrer Nachwuchs-Reporter*innen.



© Agnes Fazekas



Die palästinensische Stadt Nablus wird zunehmend von illegalen israelischen Siedlungen eingekesselt.

ständig überfüllten Checkpoint zwischen Norden und Süden passieren, da sind die Soldat*innen besonders strikt.“ Es gehe nicht nur um Lebenszeit, um verpasste Arbeitsstunden oder Arzttermine: „Man darf nicht sprechen, wenn das Auto kontrolliert wird, sich nicht bewegen. Es ist Stress.“ Im Winter kommt die Kälte hinzu.

Ramallah sei zwar sicherer, allerdings seien die Teilnehmenden oft bereits erschöpft, wenn sie ankommen, sagt Abuleil. Die Logistik allein fresse einen Großteil der Projektzeit. Sie seufzt und nickt in die Runde: „Und jetzt sind natürlich alle im Kopf bei ihren Familien in Nablus.“

Unheimlich beeindruckend sei es, dass die „Doozians“ trotzdem zu den Workshops kommen oder mit der Videokamera losziehen. Die Presse steht im Westjordanland im Kreuzfeuer, Berichterstattende werden verhaftet oder verletzt.

Auf dem Weg zu den Workshops nach Ramallah müssen die Teilnehmenden jedes Mal den „Ein-Senyeah-Checkpoint“ passieren, an dem sich häufig lange Autoschlangen bilden. Der arabische Schriftzug bedeutet „keine Zukunft“.

Das Büro in Nablus ist inzwischen der letzte Rückhalt von Dooz. Ihr Büro in Gaza sei zerbombt worden, sagt Othman. Eine Kollegin kam dabei ums Leben. Mit den anderen sei man in Kontakt. „Aber die Lage ist desaströs.“ Ihr zweites Westjordanland-Büro in Tulkarim mussten sie aufgeben – vor einem Jahr wurden die zwei großen Flüchtlingslager der Stadt vom israelischen Militär angegriffen, die Bewohnenden mussten fliehen, viele Häuser wurden zerstört. Damit schloss auch die ansässige Uni ihre Türen.

Eine Stimme geben, ohne die Stimmung anzuheizen

Keine Bildung, das bedeutet für die junge Generation auch: keine Perspektiven. Gerade deshalb sei es so wichtig, was sie machen, findet Othman. Und umso dankbarer sei er für die Unterstützung durch

Pro Peace. „50 Prozent Arbeitslosigkeit“, sagt Othman: Das führe in jedem Land zu Problemen, zu Gewalt im Haus, zu Drogenmissbrauch. „Wir wollen berichten, ohne zu stigmatisieren, den Palästinenser*innen eine Stimme geben, ohne die Stimmung weiter anzuheizen. Das bringen wir dem Nachwuchs bei.“

Jetzt gilt es erst mal die Heimfahrt zu bewältigen. Es sind nur 36 Kilometer. Doch in der Betonschleife am Sperrwall vor Ramallah hat sich bereits eine lange Schlange aus Autos gebildet. Autos schieben sich an einem verblassten Graffiti von Arafat vorbei, an Kindern, die billige Ware durchs Fenster verkaufen. Bis man zum Checkpoint gelangt, wo eine junge israelische Soldatin in rauem Ton nach den Papieren fragt, liegen die Nerven blank. Danach warten noch fünf weitere Straßensperren. Immerhin: Das Militär ist inzwischen aus Nablus abgezogen. Zumindest für heute. ♦

Agnes Fazekas ist freie Journalistin und lebt in Tel Aviv. Sie besuchte den Dooz-Workshop im Dezember 2025.



Weltweit geraten Menschenrechte, Demokratie und Diplomatie zunehmend unter Druck. Immer häufiger treten an die Stelle internationaler Regeln Machtpolitik und Gewalt. Umso wichtiger sind die kleinen und großen Zeichen, die Hoffnung machen: dass internationale Justiz funktioniert, dass Institutionen sich positiv wandeln – und dass Menschen mit schwersten Traumata nicht allein bleiben.



KAMPF GEGEN RASSISMUS

Der Polizeibeauftragte der Bundesregierung, Uli Grötsch, will im ersten Halbjahr 2026 die Polizei stärker mit Schwarzen Communitys vernetzen, um Vertrauen aufzubauen. Dies gab er bei einer Pressekonferenz im Januar bekannt. Deutschlandweit trifft er sich dazu mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Fast alle People of Color berichten laut Grötsch von Diskriminierungserfahrungen. Dabei würden viele rassistische Vorfälle gar nicht gemeldet, weil das Misstrauen gegenüber der Polizei groß sei. Grötsch möchte Polizeikräfte stärker für diskriminierende Sprache sensibilisieren und betont, dass auch die Ausbildung an der Bundespolizeiakademie ein wichtiger Ansatzpunkt sei. Vielfalt müsse auch dort sichtbarer werden.

**STOP
RACISM**



KAMPF GEGEN STRAFLOSIGKEIT

Der „Universal Jurisdiction Annual Review 2025“ zeigt Fortschritte im weltweiten Ringen um Gerechtigkeit. Der Bericht wird jährlich vom Europäischen Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) herausgegeben. Er gibt einen Überblick über Strafverfahren weltweit, die auf dem Prinzip der universellen Jurisdiktion („Weltrechtsprinzip“) beruhen. Danach kann ein Staat bestimmte schwerste Verbrechen strafrechtlich verfolgen, auch wenn sie nicht im eigenen Land begangen wurden und weder Täter noch Opfer Staatsangehörige dieses Staates sind. 2024 wurden 36 neue Verfahren zu internationalen Verbrechen eröffnet oder öffentlich gemacht. 27 Verdächtige wurden verurteilt – fast doppelt so viele wie im Jahr zuvor.



VERFOLGUNG VON KRIEGSVERBRECHEN

Ein Libyer, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in einem Gefängnis in Tripolis beschuldigt wird, ist in Berlin festgenommen und im Dezember an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) überstellt worden. Die Anklage wirft dem Mann vor, als Kommandeur des Mitiga-Gefängnisses zwischen 2015 und 2020 Folter, Mord und sexuelle Gewalt angeordnet oder überwacht zu haben. Die Staatsanwaltschaft des ICC bezeichnete seine Festnahme als wichtigen Schritt im Kampf um Verantwortung für Verbrechen in libyschen Haftanstalten. Es ist der erste Prozess gegen einen libyschen Verdächtigen vor dem Gerichtshof.



GEMEINSAM IST HEILSAMER

Eine große Metaanalyse von 181 Studien mit über 124.000 Veteran*innen zeigt: Rund ein Viertel bricht Behandlungen posttraumatischer Belastungsstörungen vorzeitig ab. Neuere Ansätze machen jedoch Hoffnung: Wenn Menschen in speziellen Gruppentherapien behandelt werden, wo sich Achtsamkeit, Vertrauen und Teamgefühl aufbauen, bleiben sie deutlich eher über die volle Zeit in der Behandlung.



WACHSTUM NACH DEM TRAUMA

Schwere Krisen hinterlassen tiefe Wunden – doch sie können auch unerwartete Kräfte freisetzen. Forschende sprechen von posttraumatischem Wachstum: Überlebende von Gewalt, Flucht oder Verlust berichten langfristig von neuer innerer Stärke, engeren Beziehungen oder einem klareren Blick auf das Wesentliche. Verschiedene Studien bestätigten nun erneut, dass zwischen der Hälfte und zwei Dritteln der Betroffenen solche positiven Veränderungen erleben. Entscheidend sind soziale Unterstützung, sichere Räume und die Möglichkeit, über das Erlebte zu sprechen. Wachstum bedeutet dabei nicht, dass Trauma „gut“ wäre – es bleibt schmerzhaft. Aber Heilung und neue Perspektiven sind möglich.



MITMACHEN & GEWINNEN

Senden Sie das Lösungswort des Rätsels bitte per E-Mail an info@propeace.de oder per Post an unsere Geschäftsstelle, das Friedenshaus (Am Kölner Brett 8, 50825 Köln).

Mit Ihrer Einsendung nehmen Sie automatisch an der Verlosung teil. Einsendeschluss ist Freitag, der **27. März 2026**. Die drei Gewinner*innen dürfen sich über zwei Preise freuen: Sie erhalten das Kartenset „Zitate“ (Abb. rechts) sowie einen immerwährenden Mini-Friedenskalender (Abb. unten).

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

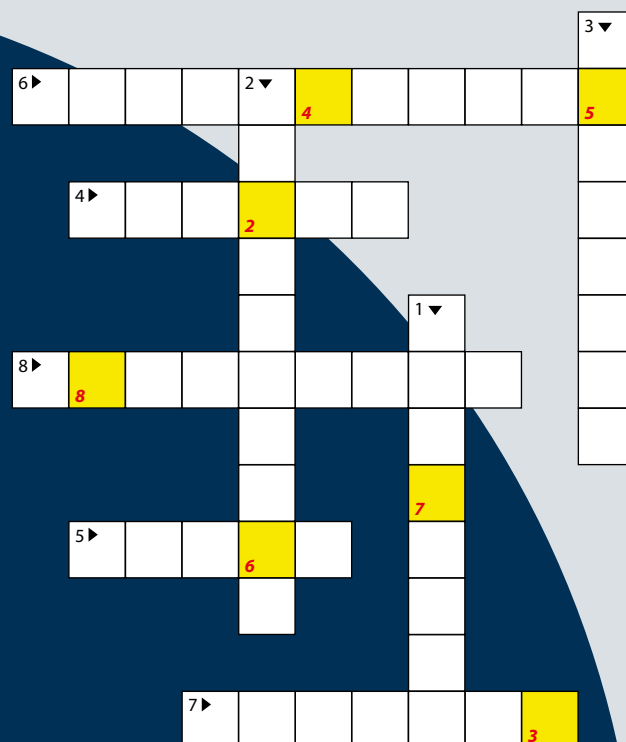


Die Rätselfragen:

- 1 Welches besondere Ereignis feiert Pro Peace am 5. März in Köln im Rahmen einer Veranstaltung?
- 2 In der Grenzregion welcher beiden Länder ist ein jahrzehntelanger Konflikt wieder aufgeflammt? Thailand und ...
- 3 Was ist das langfristige Ziel der Friedensarbeit in der Ukraine? ... der Zivilbevölkerung
- 4 Welche Person prägte von Anfang an die Idee eines zivilen Friedensdienstes? Dr. ... Evers
- 5 Wie lautet die Abkürzung des „Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte“?
- 6 Wie heißt das Buch von Jagoda Marinić, das in diesem Magazin vorgestellt wird? Sanfte ...
- 7 Was hat Pro Peace dem philippinischen Bildungsminister überreicht?
- 8 Was bedeutet das arabische Wort „Dooz“ auf Deutsch?

Lösungshinweis:
Umlaute brauchen nur ein Kästchen.

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 31. März unter:
www.propeace.de/raetsel



E 2 3 4 5 6 7 8



Nicht lauter, sondern klarer

Was bedeutet es, in einer Zeit globaler Krisen, Kriege und der Rückkehr des Autoritären nicht zu resignieren, sondern das Politische neu zu denken – radikal, aber sanft? Jagoda Marinić gibt in ihrem Buch *Sanfte Radikalität* kluge und kraftvolle Antworten auf diese Frage. Sie plädiert für eine politische Haltung, die sich weder dem Zynismus ergibt noch der Lautstärke populistischer Diskurse nachgibt. Stattdessen fordert sie uns auf, unsere Demokratie als offenen Möglichkeitsraum zu begreifen – einen Raum, der aktiv verteidigt, gestaltet und erweitert werden will.

Haltung zeigen in Zeiten von Gewalt und Polarisierung

Für uns bei Pro Peace, wo wir seit fast 30 Jahren Friedensarbeit im In- und Ausland leisten, trifft Marinićs Haltung einen zentralen Nerv: Frieden braucht Haltung. Frieden braucht die Fähigkeit, sich

empathisch auf andere einzulassen, Konflikte als etwas Gestaltbares zu begreifen – und die Entschlossenheit, inmitten von Gewalt, Ungleichheit und Polarisierung neue Wege des Miteinanders zu suchen. Genau dies braucht die Friedensarbeit, verstanden als langfristige und konstruktive Strategie.

Frieden als gelebte Praxis

Sanfte Radikalität ist kein Ratgeber, sondern ein leidenschaftliches Plädoyer für eine politisch-humanistische Grundhaltung. Sie denkt den Frieden nicht nur als diplomatisches Ziel oder sicherheitspolitisches Schlagwort – sondern als gelebte Praxis: in der Sprache, im Alltag, in der Art, wie wir Institutionen bauen und Gemeinschaft verstehen. Genau da setzt unsere Arbeit an: Mit lokalen Partnerorganisationen schaffen wir „Safe Spaces“, ermöglichen Dialog in gespaltenen Gesellschaften und begleiten Menschen in Konfliktregionen auf dem schwierigen Weg der Aufarbeitung und Versöhnung.

Sanfte Radikalität – Zwischen Hoffnung und Wandel

Wie kann gesellschaftlicher Wandel funktionieren?

von Jagoda Marinić

Jagoda Marinićs Buch ist ein ermutigender Impuls für alle, die sich für ein friedlicheres Zusammenleben engagieren – und eine Einladung an uns alle, mutiger zu sein. Nicht lauter, sondern klarer. Nicht härter, sondern standhafter. Nicht angepasst, sondern: sanft radikal. ♦

Eine Empfehlung von Alexander Mauz, Vorstandsvorsitzender von Pro Peace



Wie mache ich mein Testament?

Mit dem eigenen Nachlass Gutes tun

Viele Menschen haben eine ungefähre Vorstellung davon, was mit ihrem Nachlass einmal passieren soll. Entscheidend ist es dann, dies in einem Testament formwirksam und rechtlich korrekt umzusetzen. Wie geht man das am besten an? Dr. Cornelia Rump, Fachanwältin für Erbrecht, gibt Auskunft.

Dr. Cornelia Rump, Fachanwältin für Erbrecht

Wie sollten Menschen, die ihren Nachlass mit einem Testament regeln wollen, denn am besten vorgehen?

Es ist grundsätzlich ein guter erster Schritt, die eigenen Vorstellungen im Entwurf einmal selbst zu Papier zu bringen und dies dann als Grundlage für eine Beratung zu nehmen. Das ist in der Regel der effektivste und günstigste Weg.

Wenn ich meinen Testamentsentwurf aufschreibe, wie sollte ich dann den Text beginnen?

Wählen Sie eine Überschrift wie „Testament“ und einen Einstiegssatz, mit dem Sie sagen, wer Sie sind und was Sie regeln wollen. So zum Beispiel: „Ich, [Name und Adresse], regele meinen Nachlass wie folgt: ...“

Dann ist die Frage, ob es ein früheres Testament gibt. Wenn ja, ist es sinnvoll, dies ausdrücklich zu widerrufen. Dann ersetzt das aktuelle Testament das frühere vollständig. Dazu schreiben Sie zum Beispiel: „Ich widerrufe alle früheren Testamente.“ Aber beachten Sie: Gibt es ein gemeinschaftliches Testament oder einen Erbvertrag, ist ein Widerruf nicht ohne weiteres oder gar nicht möglich. Lassen Sie sich hierzu unbedingt juristisch beraten!

Wie formuliere ich nach dem Einstieg dann die eigentliche Nachlassregelung?

Nach dem Einstieg ist zu formulieren, wer Erbe werden soll. Schreiben Sie entweder: „Zu meinem Alleinerben bestimme ich [Name und Adresse]“ oder, wenn Sie mehrere Begünstigte einsetzen möchten: „Als Erben zu x Prozent bestimme ich [Namen und Adressen]“.

Video 1: Gesetzliche Erbfolge, Testierfreiheit und Pflichtteil



Im Nachlassportal finden Sie Erklärvideos – auch zu anderen Themen:

www.nachlass-portal.de/service/erklavideos



Welche Möglichkeiten habe ich noch, wenn ich mehrere Personen oder Organisationen in meinem Testament bedenken möchte?

Wollen Sie mehrere Personen oder Organisationen begünstigen, können Sie auch einen Alleinerben (auch das kann eine Organisation sein) bestimmen, der sich um die gesamte Abwicklung kümmert, jedoch Teile an andere abgibt. Das nennen wir „Vermächtnisanordnung“. Jeden, den Sie in Ihrem Testament begünstigen, sollten Sie mit Vor- und Nachnamen sowie aktueller Adresse benennen.

Was sollte ich beachten, wenn ich eine gemeinnützige Organisation begünstigen will?

Wenn Sie eine gemeinnützige Organisation in Form eines eingetragenen Vereins begünstigen möchten, sollten Sie die Vereinsregisterdaten nennen, damit es zu keinen Verwechslungen kommt.

Sie können eine gemeinnützige Organisation mit einem Vermächtnis oder auch als Erbin bedenken. Wichtig ist, dass Sie sich zu Ihrem Testament mit der oder den jeweiligen Organisationen vorab abstimmen, damit Ihr Nachlass später nach Ihren Wünschen abgewickelt wird. Ein solcher Kontakt bleibt für Sie immer unverbindlich. ♦

Haben Sie Interesse?

Wir vermitteln allen, die Pro Peace in ihrem Testament berücksichtigen möchten, eine **kostenlose juristische Erstberatung**.

Rufen Sie mich gerne an oder schreiben mir eine E-Mail, dann sende ich Ihnen unseren **Testamentsratgeber mit einem Gutschein** dafür zu.

Petra Gramer

0221 – 91 27 32-32
petra.gramer@propeace.de



Pro Peace Spendenkonto

Unterstützen Sie mutige Menschen weltweit in ihrem Einsatz für Frieden – mit Ihrer Spende an Pro Peace!



GLS-Gemeinschaftsbank

IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

Empfänger: „Forum Ziviler Friedensdienst e.V.“

oder online:

www.propeace.de/spenden



Herzlichen Dank!

Weitere Spendenmöglichkeiten



Regelmäßig spenden:

Frieden braucht kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege. Mit einer regelmäßigen Spende (z. B. als Dauerauftrag) leisten Sie dazu einen entscheidenden Beitrag.



Spende verschenken:

Sie suchen nach einer besonderen Geschenkidee? Mit einer Geschenkspende machen Sie nicht nur Ihren Liebsten eine Freude, sondern leisten zugleich einen wertvollen Beitrag für den Frieden. Ihre personalisierte Geschenkkarte erhalten Sie umgehend per E-Mail.



Eigene Spendenaktion starten:

Freudige, aber auch traurige Anlässe wecken häufig den Wunsch, im Familien- und Freundeskreis um Spenden für ein Herzensanliegen zu bitten. Wir unterstützen Sie gern bei der Umsetzung.

Bei Fragen rund um das Thema Spenden hilft Ihnen unsere Koordinatorin für Spendenkommunikation gern weiter:

Marisa Magull

0221 – 91 27 32-42
marisa.magull@propeace.de



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Pro Peace ist Unterzeichner der
„Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
[www.propeace.de/
initiative-transparente-zivilgesellschaft](http://www.propeace.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft)



ProPeace

Was bleibt, wenn wir gehen?

© HG-Fotografie, pixabay

Zu den Möglichkeiten, wie Sie Pro Peace im Testament berücksichtigen können, berate ich Sie gern. Fordern Sie unseren Testamentsratgeber an und vereinbaren Sie ein Telefonat!



Petra Gramer

Ansprechpartnerin für Erbschaften und Vermächtnisse

0221 91 27 32-32

petra.gramer@propeace.de

www.propeace.de/testament

Pro Peace, Am Kölner Brett 8, 50825 Köln

Hier einen Rückruf
anfordern:

